

Flächennutzungsplan Dischingen

- Beratung und Beschlussfassung über die eingegangenen Bedenken und Anregungen

- Billigung des Flächennutzungsplanentwurfes und Beschluss zur öffentlichen Auslegung und Beteiligung der Behörden

Den Behörden und Stellen, die Träger öffentlicher Belange sind, wurde gemäß § 4 Abs. 1 BauGB mit Anschreiben vom 17.06.2015 der Vorentwurf des Flächennutzungsplanes vom 04.05.2015 zugesandt. Um Abgabe einer Stellungnahme bis zum 24.07.2015 wurde gebeten.

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
1 Landratsamt Heidenheim (Schreiben vom 04.08.2015)		
1.1 eigene Planungen	Die Planflächen auf Gemarkung Eglingen liegen in der fachtechnisch abgegrenzten Wasserschutzzone III für den Tiefbrunnen Demmingen. Mit einem Abschluss des Wasserschutzgebietsverfahrens ist aufgrund der fehlenden Akzeptanz in der Bevölkerung bezüglich der weiten Ausdehnung der Wasserschutzzone III nicht zu rechnen. Eine weiterführende hydrogeologische Untersuchung des Einzugsgebietes des Tiefbrunnens zur Neuabgrenzung wurde aus Kostengründen von der Gemeinde Dischingen bislang abgelehnt.	Wird zur Kenntnis genommen <u>Beschlussvorschlag:</u> Es wird ein Hinweis auf das fachtechnisch abgegrenzte Wasserschutzgebiet in den Umweltbericht übernommen.
1.2 Wasserschutz/Bodenschutz	Die Planflächen in Dunstelkingen, Frickingen, Katzenstein und Dischingen liegen innerhalb der Wasserschutzzone III für die Grundwasserfassungen des Zweckverbandes Landeswasserversorgung im Egautal. Die Rechtsverordnung des Regierungspräsidiums Nordwürttemberg über das Wasserschutzgebiet für die Grundwasserfassungen des Zweckverbandes Landeswasserversorgung in den Landkreisen Heidenheim und Aalen vom 31. Oktober 1967 (GBl. S. 259) in der Fassung der Rechtsverordnung vom 14. August 1972 (GBl. S. 573) ist zu beachten.	Wird zur Kenntnis genommen. <u>Beschlussvorschlag:</u> Es wird ein Hinweis zur Beachtung der Rechtsverordnung aufgenommen

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	<p>Die Planfläche „SO Lehner“ in Demmingen liegt in der fachtechnisch abgegrenzten Wasserschutzzzone II für den Brunnen Demmingen. In der WSZ II von ausgewiesenen Wasserschutzgebieten besteht üblicherweise ein Bauverbot. Auch Abgrabungen über einen Meter Tiefe wären nicht zulässig. Dem Plangebiet zur Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage in der bislang lediglich fachtechnisch abgegrenzten WSZ II kann zugestimmt werden. Im Rahmen des konkreten Baugesuchs werden die erforderlichen Auflagen festgelegt.</p>	<p>Die Darstellung des „SO Lehner“ basiert auf einem bestehenden Bebauungsplan. Die Photovoltaikanlage wurde bereits gebaut. <u>Beschlussvorschlag</u>: Der Sachverhalt wird in der Begründung dargestellt.</p>
1.3 Naturschutz	<p>Seitens des Naturschutzes wird begrüßt, dass die geplante Flächeninanspruchnahme reduziert wurde. Der künftige Flächenbedarf für Wohnbebauung und Gewerbe stellt im Wesentlichen die Übernahme der mittlerweile rechtsgültig gewordenen Bebauungspläne dar. Der Bedarf an Bauflächen ist somit schlüssig und begründet. Der Mehrbedarf an Gewerbeflächen ist weitgehend dem konkreten Flächenanspruch einzelner Firmen geschuldet und mit der Notwendigkeit der Planungssicherheit begründet.</p> <p>Allerdings erscheint der Flächenbedarf für die Erweiterung der Gastronomie (K6) Katzenstein mit 1,3 ha als hoch. Bauliche Veränderungen im Zuge der Schaffung von Parkplätzen sollten im relativ kleinen Teilort Katzenstein auf das Nötigste beschränkt bleiben, um negative Auswirkungen auf das Landschaftsbild zu minimieren.</p> <p>Eingriffe in Natur und Landschaft sind bei den bereits rechtskräftigen Bebauungsplänen abgearbeitet. Für Änderungsflächen, deren Bedarf</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Flächenausweisung beruht auf dem Bedarf des dort ansässigen Gastronomiebetriebes. Die Parkplätze sind für temporäre Veranstaltungen gedacht und werden voraussichtlich in einer einfachen Bauweise ausgeführt. Die Art der Ausführung oder eine eingriffsminimierende Eingrünung kann jedoch in diesem Rahmen nicht rechtsverbindlich festgesetzt werden. <u>Beschlussvorschlag</u>: An der Ausweisung wird festgehalten.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	<p>durch die Laufzeitverlängerung des Flächennutzungsplans bis 2030 entsteht, können gegebenenfalls zusätzliche Ausgleichsmaßnahmen notwendig werden. Für die Ausweisung der Konzentrationszone für die Nutzung der Windenergie wurden bereits im Zuge des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens die Belange des § 44 BNatSchG abgearbeitet, ein Nachweis dafür ist somit im Rahmen des Flächennutzungsplans nicht mehr erforderlich.</p>	
<p>1.4 Gewerbeaufsicht und Energiewende</p>	<p>Die nachfolgende Stellungnahme bezieht sich auf die unter Ziffer 3.2 bis 3.5 der Antragsunterlagen genannten Planflächen. Bezüglich der Fläche „Schrai - 2. Erweiterung Süd“ in Eglingen verweisen wir auf unsere Stellungnahme zum parallel laufenden Bebauungsplanverfahren.</p> <p>Dischingen, D2 „Rosenbach“ Das Gebiet ist durch landwirtschaftliche Betriebe hinsichtlich der Geruchsbelastung vorbelastet. Im weiteren Verfahren sind die Vorbelastungen zu quantifizieren und ggfls. eine geänderte Einstufung in Form einer gemischten Fläche vorzusehen.</p> <p>Ballmertshofen, B3 „Südlicher Ortsrand“ Mit der südlichen Erweiterung der Gewerbefläche grenzt das Gebiet unmittelbar an das südlich der Sportanlagen vorhandene Allgemeine Wohngebiet an. Wir weisen daher auf mögliche Konflikte hinsichtlich des Immissionsschutzes wegen nicht vorhandener Abstandsflächen hin.</p> <p>Eglingen, G „Schrai - Erweiterung Nord“ (E5) Die Emissionen aus diesem Gebiet sind in der Schallimmissionsprognose des TÜV Süd vom 02.04.2013 (Bericht Nr. S1443) noch nicht enthalten. Die Prognose ist diesbezüglich und im</p>	<p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die flächigen Festsetzungen des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans „Schrai-Erweiterung-Süd“ werden auch im Flächennutzungsplan abgebildet.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Das Gebiet wird im Flächennutzungsplan als Wohnbaufläche belassen. Ggf. ist eine Umwidmung im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung in Betracht zu ziehen.</p> <p>Die Fläche wurde erheblich reduziert, so dass der Abstand zum Wohngebiet vergrößert wurde. Nördlich grenzt ein Dorfgebiet an.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. <u>Beschlussvorschlag:</u> Der Hinweis wird nachrichtlich in die Begründung aufgenommen.</p>

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	Hinblick auf ggfs. neue maßgebliche Immissionsorte nördlich fortzuschreiben. Die Ergebnisse dieser Prognose sind im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens zu berücksichtigen.	
1.5 Landwirtschaft	<p><u>Flächenverbrauch:</u> Ein Teil der Flächen beanspruchenden Planungen ist auf landwirtschaftlichen Vorrangflächen vorgesehen, die nach dem Regionalplan der landwirtschaftlichen Nutzung vorbehalten werden sollten. Da realistische Alternativen nicht vorgeschlagen werden können, werden bestehende Bedenken zurückgestellt. Es wird angeregt zu überprüfen, ob durch Nutzung innerörtlicher Baulücken und durch Sanierungsmaßnahmen der Flächenverbrauch im Außenbereich reduziert werden kann.</p> <p><u>Aufnahme landwirtschaftlicher Betriebe in den Bebauungsplan:</u> Verschiedene landwirtschaftliche Stall- und Wirtschaftsgebäude im Außenbereich sind mittlerweile im Planentwurf enthalten, jedoch nicht alle. Die weiteren Standorte (z. B. Milchviehbetrieb südöstlich von Osterhofen und Milchviehbetrieb westlich von Frickingen / nördlich von Katzenstein) sind aufzunehmen und als landwirtschaftliche Betriebsstandorte zu kennzeichnen.</p> <p><u>Abstand zu landwirtschaftlichen Betrieben:</u> Bei heranrückender Bebauung kann es durch die von landwirtschaftlichen Betrieben ausgehenden Emissionen zunehmend zu Konflikten kommen. Grundsätzlich ist auf die Belange von landwirtschaftlichen Betrieben in Bezug auf Abstände (Gerüche, Lärm etc.) Rücksicht zu nehmen. Nachfolgend werden die geplanten Gebiete genannt, durch die der Bestand und vor allem die Weiterentwicklung landw. Betriebe gefährdet sein kann:</p>	<p>Die Verfügbarkeit der innerörtlichen Baulücken wurde im Rahmen der Bauflächenbedarfsanalyse überprüft. Keine Änderung veranlasst.</p> <p>Die betreffenden Betriebe wurden in der Planzeichnung ergänzt.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen und im weiteren Verfahren beachtet.</p>

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	<p>Ballmertshofen, Plangebiet „G Südlicher Ortsrand (B3)“ Es wird darauf hingewiesen, dass sich im Südwesten dieses Plangebietes die landwirtschaftlichen Betriebe Schuster und Wieland befinden. Bei der Realisierung des Plangebietes B3 sehen wir einen Nutzungskonflikt zwischen der landwirtschaftlichen und einer gewerblichen Nutzung, insbesondere hinsichtlich der Lärm- und Geruchsimmissionen. Zwischenzeitlich wurde für den Betrieb Wieland ein baurechtliches Genehmigungsverfahren durchgeführt. Hierbei hat sich gezeigt, dass betriebliche Erweiterungsmaßnahmen nur schwer oder gar nicht mehr zu realisieren sind. Die abschließende Aussage, ob beide Nutzungen parallel möglich sind, insbesondere auch im Hinblick auf die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten der beiden landwirtschaftlichen Betriebe, kann nur durch eine gutachterliche Prüfung hinsichtlich des Emissionspotentials erfolgen.</p> <p>Katzenstein, Plangebiet „G (K3) / M (K5)“ Es wird begrüßt, dass das Mischgebiet M (KS) auf den Flurstücken Nr. 93 und 23 und das Gewerbegebiet K3 auf dem Flurstück Nr. 93 im Südosten von Katzenstein nicht mehr überplant wird.</p> <p>Zum überplanten Gewerbegebiet (K3) auf Flst. Nr. 23 wurde im Flächennutzungsplan 2005 ein größerer Abstand (siehe eingezeichneter „Radius“ im Plan 2005) zum landwirtschaftlichen Betrieb Raunft ausgewiesen. Es wird angeregt, diesen Radius in der aktuellen Planung wieder aufzunehmen. Alternativ zur gänzlichen Herausnahme des „Radiusbereiches“ käme eventuell eine Nutzungsfestschreibung, z. B. als</p>	<p>Die Baufläche wurde erheblich reduziert, Insofern kann davon ausgegangen werden, dass keine erheblichen Konflikte mehr verursacht werden.</p> <p>Kenntrnisnahme</p> <p>Die oben beschriebenen Mischgebiete wurden so weit zurückgenommen, dass sie sich außerhalb des Radius um den betreffenden Hof befinden.</p>

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	<p>Lager oder Parkplatz mit dann höheren, im Bauleitplanverfahren festzuschreibenden Immissionsgrenzwerten in Frage. Bei der momentanen Planung sehen wir auch weiterhin einen Nutzungskonflikt zwischen einer landwirtschaftlichen und einer gewerblichen Nutzung, insbesondere hinsichtlich der Lärm- und Geruchsimmissionen. Wir verweisen hierzu auch auf unsere Stellungnahme vom 28.09.2005 zum damaligen Entwurf des Flächennutzungsplanes. Im konkreten Fall liegt eine Baugenehmigung zur Erweiterung der Tierhaltung im Betrieb Raunft vor, die das bestehende Emissionspotential des Betriebes noch erhöht. Die abschließende Aussage, ob beide Nutzungen parallel möglich sind, insbesondere auch im Hinblick auf die weitere Entwicklungsmöglichkeit des landwirtschaftlichen Betriebes, kann nur durch eine gutachterliche Prüfung hinsichtlich des Emissionspotentials erfolgen.</p>	
1.6 Sicherheit und Ordnung	<p>Zur neuen Planfläche „Friedwald im Englischen Garten“ Dischingen wird auf Folgendes hingewiesen: Friedhöfe dürfen nur mit Genehmigung der zuständigen Behörde (Untere Verwaltungsbehörde nach § 31 BestattVO) oder auf Grund eines Bebauungsplans angelegt werden (§ 5 Abs. 1 BestattG). Für einen privaten Bestattungsplatz ist der Genehmigungsantrag über die Gemeinde einzureichen. (§ 1 BestattVO).</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen. Die Planungen für den Friedwald wurden auf eine andere Fläche verlegt. <u>Beschlussvorschlag:</u> Auf den Sachverhalt wird in der Begründung verwiesen.</p>
1.7 Straßenverkehr	<p>Aus straßenverkehrsrechtlicher Sicht werden keine grundsätzlichen Bedenken erhoben. Eine detaillierte straßenverkehrsrechtliche Stellungnahme ist jedoch nicht möglich, da der Flächennutzungsplan naturgemäß keine Planungen hinsichtlich der künftigen</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen und beachtet, keine Änderung erforderlich.</p>

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	<p>Verkehrsführungen bzw. Verkehrsflächenaufteilungen enthält. Schon jetzt wird darauf hingewiesen, dass bei Anlegung neuer Baugebiete stets eine verkehrsgerechte, den straßenverkehrsrechtlichen und straßenrechtlichen Vorschriften entsprechende Verkehrsanbindung an das vorhandene Straßennetz erfolgen muss.</p> <p>Hinsichtlich der Potentialanalyse Windenergie vom 30.03.2015 gelten die Regelungen des Windenergie-Erlasses für Baden-Württemberg vom 09.05.2012, der für die nachgeordneten Behörden verbindlich ist und für die Träger der Regionalplanung, die Kommunen und sonstigen Träger der Bauleitplanung eine Hilfestellung für die Planung bieten soll. Darin werden auch die Rechtsbereiche Straßenrecht und Straßenverkehrsrecht dargestellt, die im Rahmen der Einzelfallplanungen der Windenergieanlagen berücksichtigt werden müssen.</p> <p>Wir gehen davon aus, dass wir im Rahmen der noch ausstehenden Bebauungsplanverfahren angehört werden, sofern dies aufgrund der Verkehrsplanungen erforderlich wird.</p>	<p>Für die Konzentrationszone Windenergie liegt bereits eine Immissionsschutzrechtliche Genehmigung vor. Die Anlagen sind gebaut. Da hierzu auch eine Anhörung der Träger öffentlicher Belange durchzuführen war, ist davon auszugehen, dass auch die straßenrechtlichen Belange ausreichend berücksichtigt wurden. Keine Änderung veranlasst.</p> <p>Das Landratsamt Heidenheim wird bei allen Bauleitplanverfahren beteiligt. Keine Änderung veranlasst.</p>
1.8 Bautechnik	<p>Dunstelkingen M „Östlich der Hofener Straße" (DU3) Die blau umrandeten Flächen sind keine Bestandsflächen und müssen im FNP als neue Flächen ausgewiesen werden.</p> <p>Eglingen W „Östlicher Ortsrand" (E2) und G „Schrai - Erweiterung Nord" (E5). Um den Flächenverbrauch einzudämmen war vorgesehen, die Fläche E2 entweder deutlich zu verkleinern oder ganz aus dem FNP zu streichen. Eine Reduzierung der Fläche halten wir für erforderlich.</p>	<p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Planzeichnung und der zugehörige Teil der Begründung werden entsprechend geändert.</p> <p>Eine Reduzierung der Fläche ist aus Gründen einer wirtschaftlich durchführbaren Erschließung nicht sinnvoll. Die Fläche wurde gegenüber der rechtsgültigen Fassung des Flächennutzungsplans bereits reduziert. Dabei ist eine Fläche übrig geblieben, die durch eine Stichstraße erschlossen werden kann. Eine weitere Rücknahme würde dazu führen,</p>

Träger öffentlicher Belange	Anregungen	Stellungnahme/Vorschlag
	<p>Für die Fläche E5 müsste ein konkreter Nachweis über eine geplante Erweiterung des Gewerbebetriebes vorgelegt werden.</p> <p>Darüber hinaus ist die GE Fläche südlich der E5 Fläche als Neuausweisung darzustellen, da es sich nicht um eine Bestandsfläche aus dem bisherigen FNP handelt.</p> <p>Ballmertshofen G, „Südlicher Ortsrand“ (B3) In Ballmertshofen müsste die gesamte Fläche B3 als Neuausweisung dargestellt werden, Bestandsflächen sind im bisherigen FNP nicht dargestellt.</p> <p>Dischingen W „Rosenbach“ (D2, MI) Die Fläche D2 sollte, um den Flächenverbrauch einzudämmen, reduziert werden. Dies auch vor dem Hintergrund des Hochwasserschutzes.</p>	<p>dass die notwendige neue Straße nur eine Grundstückszeile erschließt, was nicht im Sinne einer flächensparenden Planung sein kann. <u>Beschlussvorschlag:</u> An der Fläche E2 wird festgehalten</p> <p>Die Darstellung einer Erweiterung der Firma Grinbold-Jodag in die dargestellte Fläche (E5B) ist nach Rücksprache mit der Geschäftsleitung sinnvoll und dient der Standortsicherung in Eglingen. <u>Beschlussvorschlag:</u> An der Fläche wird festgehalten</p> <p>Der entsprechende Bebauungsplan wird in Kürze in Kraft gesetzt werden. <u>Beschlussvorschlag:</u> Die Darstellung der Fläche E5A als Bestandsfläche wird beibehalten.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> B3 wird in reduzierter Form als Neuausweisung dargestellt.</p> <p>D2 ist eine Alternativfläche zu den bisherigen Planungen in diesem Bereich. Die Fläche ist durch Hochwasserschutzmaßnahmen bei einem HQ100 nicht gefährdet, liegt aber zum großen Teil im Bereich eines Extremhochwassers. Eine hochwassersichere Bauweise ist anzuraten. Inwieweit ein Abstand zur Egau einzuhalten sein wird, kann auf der Ebene der Bebauungsplanung geklärt werden. <u>Beschlussvorschlag:</u> D2 wird beibehalten. Die Hinweise werden in die Begründung aufgenommen.</p>

2 Regierungspräsidium Stuttgart (Schreiben vom 16.10.2015)		
2.1 Abt. Raumordnung	<p>Die höhere Raumordnungsbehörde hat -trotz der Überarbeitung - Bedenken gegen die Planung.</p> <p>Formelle Bedenken</p> <p>Erforderlich ist unseres Erachtens, dass alle Flächen, die in diesem Plan von einer Änderung betroffen sind, nicht nur textlich beschrieben, sondern auch durch die entsprechen geänderte zeichnerische Darstellung (z.B. weiße Fläche mit entsprechender Bänderung) sichtbar gemacht werden. Insoweit ist es irrelevant, ob die Flächen möglicherweise bereits bebaut sind -die zu ändernden Flächen sind „geplante Flächen“.</p> <p>Das gilt z.B. für das SO Lehner, die G-Fläche Hofener Straße (DU2) und die M-Fläche Östlich Hofener Straße (DU 3).</p> <p>Empfohlen wird, den seitherigen FNP-Planausschnitt aufzunehmen und diesem die künftigen Darstellungen gegenüberzustellen. So ist beispielsweise im Gebiet D1 Spitziger Berg in Dischingen eine Flächenreduzierung von 1,3 ha vorgesehen, vgl. S. 14 der Begründung. Nach S. 21 sollen eine W-Fläche D1 Spitziger Berg von 3,1 ha und eine M-Fläche D1 Spitziger Berg mit 0,7 ha auch künftig ausgewiesen bleiben.</p> <p>Im Lageplan sind die neuen Flächen zwar dargestellt -die wohl in landwirtschaftliche Fläche rückgewandelten 1,3 ha W-Fläche aber nicht. Das gilt auch für alle anderen Flächenrückgaben unter 3.1 A. auf S. 14.</p>	<p>Für die genannten Bereiche liegen rechtskräftige Bebauungspläne bzw. Satzungen vor. Insofern handelt es sich um bestehende Gebiete. Die entsprechenden Flächen wurden in der Flächenbilanz berücksichtigt. Die Darstellungsart wurde beibehalten.</p> <p>Zusätzlich wurden die herausgenommenen Flächen in der vorliegenden FNP-Fortschreibung dargestellt. In der Begründung wurde für die geänderten Flächen jeweils ein Planausschnitt für die rechtskräftige Fassung und für die Fassung der Fortschreibung eingefügt.</p>

	<p>Flächenbedarf Wohnen</p> <p>Voraussetzung für die Genehmigung insbesondere einer Fortschreibung des FNP mit Planungsziel 2030 ist die nachvollziehbare Abarbeitung der Hinweise des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur zur Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise vom 23.05.2013. Diese Hinweise dienen der Sicherstellung, dass die Planung insbesondere die Voraussetzung der §§ 1 Abs. 3 ff, 1a Abs. 2 BauGB einhält.</p> <p>Für eine Gesamtfortschreibung ist der Flächenbedarf für die Laufzeit (hier 16 Jahre) nachzuweisen. Bei Teiländerungen, die vorrangig einen kurzfristigen aktuellen Bedarf abdecken sollen, können zu einer angemessenen Reduzierung des Begründungsumfangs führen.</p> <p>Zugrunde legen kann man die Flächen, die rechtskräftig sind, z.B. durch Genehmigung des Landratsamts, bzw. die Flächen, die von uns durch eine entsprechende positive Stellungnahme mitgetragen wurden, z. B. G „Hofener Straße“ (DU2). Bedenken wurden jedoch zum Flächentausch in Frickingen, W-Gebiet Kappelesäcker geäußert (auch ein Flächentausch setzt einen Flächenbedarf voraus).</p> <p>Insgesamt erscheinen die geplanten W-Flächen - gemessen an der bislang vorliegenden Begründung - zu üppig.</p> <p>Nach Plansatz 2.3.2 (Z) des Regionalplans Ostwürttemberg ist nur der Versorgungskern Dischingens als Siedlungsbereich ausgewiesen -d.h. nur dort dürfen Wanderungsgewinne berücksichtigt werden. Die übrigen Ortsteile sind auf Eigenentwicklung im Sinne des Plansatzes 3.1.5 (Z) LEP beschränkt.</p>	<p>Mittlerweile wurden die Hinweise überarbeitet. In Dischingen liegt aufgrund der Vielzahl der Ortschaften ein besondere Situation vor. Deshalb wurde die Bedarfsberechnung gemäß der Plausibilitätsprüfung um weitere Betrachtungen hinsichtlich der Einpendlerentwicklung näher untersucht. Auf die Ausführungen in der Begründung Kap. 2.3 sei verwiesen.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Der Bedarf für die geplanten Wohnbauflächen wurde mittlerweile in vertiefter Form begründet.</p> <p>Kenntnisnahme</p>
--	--	---

Flächenbedarfsberechnung nach den Hinweisen:

Auszugehen ist von den Daten des Statistischen Landesamts und zwar grundsätzlich -wenn keine nähere Begründung erfolgt - vom Wert der sog. Hauptvariante der Bevölkerungsvorausrechnung. Da vorliegend derzeit eine etwas höhere Einwohnerzahl gegeben ist, kann diese für die Berechnung des EZ1-Wertes zugrunde gelegt werden.

Danach ergibt sich:

EZ 1: $4341 \text{ EW} \times 0,003 \% \times 16 \text{ Jahre} = 208 \text{ EW}$
Zuwachs Belegungsdichterückgang

EZ 2: $4169 \text{ EW} - 4341 \text{ EW} = -172 \text{ EW}$
 $208 - 172 \text{ EW} = 36 \text{ EW} : 50 \text{ EW/ha} = 0,72 \text{ ha}$
relativen Flächenbedarf, von dem noch alle Flächenreserven abgezogen werden müssen. Kommunale oder regionale Besonderheiten, die nachvollziehbar darzulegen sind, können im Weiteren zu einem Mehr -oder Minderbedarf führen.

Auf S. 4 der Begründung wird insoweit ausgeführt, dass als Berechnungsgrundlage demgegenüber „hochgerechnete Einwohnerzahlen“, konkret: ein jährlicher Zuwachs von 0,5 % herangezogen werden sollen. Dies wird auch knapp damit begründet, dass sich 3 Firmen erweitert haben, der Schulstandort gesichert wurde und es in den letzten Jahren Wanderungsgewinne gegeben habe. Auch die Arbeitsgemeinschaft der Bausparkassen rechne auf mittlerer Sicht mit Wanderungsgewinnen und einem Bevölkerungszuwachs.

Diese Begründung ist im weiteren Verfahren zu vertiefen, denn: Nicht jede Firmenerweiterung führt

Die Bedarfsberechnungen wurden überarbeitet. Auf die Kap. 2.3 und 2.4 der Begründung wird verwiesen.

zu einem Mehrbedarf an Wohnbauflächen. Voraussetzung ist z.B. die Schaffung neuer Arbeitsplätze oder ein hohes Maß an Einpendlern. Aus der schlichten Mitteilung, dass der Schulstandort (welcher?) gesichert werden konnte, lässt sich kaum etwas schlussfolgern. Schließlich: In den letzten 10 Jahren wurde nur 3 Mal (letztmals 2013) ein Bevölkerungszuwachs verzeichnet. Ein Zuwachs von mindestens 0,5 % wurde nur 2007 und 2011 erzielt. Insgesamt sinkt die Bevölkerung danach. Für das Jahr 2015 wurde nichts mitgeteilt. Ein jährlicher Zuwachs von 0,5 % wurde daher nicht nachvollziehbar erläutert.

Zu unserer Berechnung ist noch anzumerken, dass wir für die Berechnung des EZ 2- Wertes den Wert der Hauptvariante zugrunde gelegt haben, weil derzeit die faktische Bevölkerungszahl doch sehr nahe an dem vom Statistischen Landesamt prognostizierten Wert für die Hauptvariante liegt.

Selbst wenn man den oberen Entwicklungskorridor berücksichtigen würde, ergäbe sich kein die vorgelegte Planung rechtfertigendes Ergebnis:
EZ 1: $4341 \text{ EW} \times 0,003 \times 16 \text{ a} = 208 \text{ EW}$
EZ 2: $4240 \text{ EW} - 4341 \text{ EW} = 101 \text{ EW}$
 $208 \text{ EW} - 101 \text{ EW} = 107 \text{ EW} / 50 \text{ EW/ha} = 2,14 \text{ ha}$

Aus der Tabelle auf S. 9 konnte von uns leider nicht nachvollzogen werden, wie die Gemeinde auf 11,73 ha kommt:
 $4341 \times 0,005 \times 16 \text{ a} = 347 \text{ EW}$
 $4702 - 4341 = 361 \text{ EW}$
 $347 \text{ EW} + 361 \text{ EW} = 708 \text{ EW} / 50 \text{ EW/ha} = 14,16 \text{ ha}$
Vom o.g. relativen Bedarf sind die verfügbaren Flächenreserven abzuziehen. Die Flächenreserven sind auf den Seiten 5 -7 der Begründung angesprochen. Dazu ist folgendes zu bemerken:

	<p>Zugestanden wird, dass in der Regel nicht alle Flächenreserven verfügbar gemacht werden können. Darzustellen sind aber mindestens angemessene Aktivierungsmaßnahmen, die bislang erreichten Erfolge hinsichtlich der Innenentwicklung und die Gründe, warum diese Maßnahmen an Grenzen der Umsetzung stoßen. Auch Strategien, wie künftig Realisierungsproblemen begegnet werden soll, sind darzustellen: z.B. Erwerb der Flächen durch die Kommunen, Vereinbarung von Baugeboten bei der Umlegung mit dinglicher Sicherung). Hieran fehlt es bislang.</p> <p>Kommunale Flächenreserven, für die es eine Nachfrage gibt, können nur dann unberücksichtigt bleiben, wenn dies nachvollziehbar begründet wird. Im Übrigen ist die Darstellung so allgemein gehalten, dass sie letztlich nicht wirklich nachvollzogen bzw. zugeordnet werden kann. Dies gilt insbesondere für die Ausführungen unter 2.2.2.2ff.</p> <p>Vorliegend ist schließlich zu beachten, dass nur Dischingsens Versorgungskern Siedlungsbereich ist. In allen anderen Bereichen ist man auf die Eigenentwicklung beschränkt. Grundstücke oder Grundstücksteile, die für die eigenen Kinder vorgehalten sind, dienen gerade der Eigenentwicklung. Dieses Argument ist daher auf seine Schlüssigkeit zu prüfen.</p> <p>Auf S. 7 wird ausgeführt, dass in der Gemeinde Dischingen</p> <ul style="list-style-type: none"> • 2,6 ha verfügbare Baulücken und sonstiges Innenentwicklungspotential sowie • 13 ha verfügbare Außenreserven (geplante 	
--	---	--

	<p>Bauflächen im rechtskräftigen FNP) vorhanden sind.</p> <p>Selbst wenn auf S. 14 mitgeteilt wird, dass durch die Planung die zum Wohnen nutzbaren Flächen um 4,3 ha reduziert werden sollen, erscheint die nach S. 21 geplanten künftigen Flächen für Wohnen von 9,1 ha (zu denen ja die Baulücken noch hinzukommen) vor dem Hintergrund der zu erwartenden Einwohnerentwicklung als überhöht. Ein Bedarf für die Ausweisung neuer Wohnbauflächen im Rahmen einer Gesamtfortschreibung besteht daher nach dem bisherigen Vortrag noch nicht. Außenreserven, deren Entwicklung von den Eigentümern abgelehnt werden (hier 7,56 ha, vgl. S. 7 unter 2.2.2.2), sollten zurückgegeben werden. Ob das in der Planung bereits berücksichtigt wurde, war der Begründung nicht eindeutig zu entnehmen. Im Rahmen der Gesamtfortschreibung ist auch die Verteilung der Flächen zu überdenken. Dies gilt insbesondere für die geplanten Flächen in den auf Eigenentwicklung beschränkten Ortsteilen.</p> <p>Gewerbeflächenbedarf</p> <p>Aus Sicht der höheren Raumordnungsbehörde bestehen dann keine Bedenken gegen die Ausweisung zusätzlicher Gewerbeflächen, wenn die Hinweise möglichst genau abgearbeitet sind, d. h. auf ein Gewerbeentwicklungskonzept -welcher Art auch immer -zurückgeht. Eine Planung, die den vorhandenen Betrieben Entwicklungsflächen für konkrete oder zumindest mittelfristig erwartbare Erweiterungen sichert, kann mitgetragen werden. Insgesamt erscheint die Begründung etwas knapp, insbesondere was das Gebiet K6 angeht, sodass angeregt wird, auch insoweit den Flächenbedarf noch genauer zu erläutern.</p>	<p>Der Bedarf wurde konkretisiert, auf Kap. 2.4 der Begründung wird verwiesen.</p>
--	---	--

	<p>1. Regionalplanung Die Ausführungen auf S. 27 f. unter 4.2.4.2 bzw. 4.2.4.3 sind -trotz Ziff. 4.4 – zu überdenken und ggf. differenziert darzustellen: Die geplante Konzentrationszone liegt mit einer Fläche von etwa 2,9 ha in einem schutzbedürftigen Bereich für Erholung, der jedoch von einem Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windkraftanlagen überlagert werden.</p> <p>Nach der Rechtsprechung ist es i.ü. erforderlich, sich bezüglich Tabuflächen festzulegen, ob es sich um harte oder weiche Tabuflächen handelt.</p> <p>2. Siedlungsabstand Bei der vorliegenden Planung wird ein Abstand von mind. 700 m zu Wohnbauflächen und ein Abstand von mind. 450 m zu Gemischten Bauflächen und Siedlungen im Außenbereich als harte Tabukriterien angewandt. Im Rahmen der weichen Tabukriterien wird der Abstand auf 1.000 m zu allen Siedlungsflächen erweitert.</p> <p>Zunächst weisen wir darauf hin, dass beispielsweise zu Gewerbegebieten kein Abstand als hartes Tabukriterium dargestellt wurde. Es ist daher davon auszugehen, dass im Rahmen der harten Tabukriterien auch kein Abstand zu Gewerbegebieten angewandt wurde.</p> <p>Zur Erweiterung des Abstandes zu allen Siedlungsflächen auf 1000m ist Folgendes anzumerken: Zunächst ist unklar, was genau unter „Siedlungsflächen“ verstanden wird, ob also beispielsweise auch Aussiedlerhöfe unter die Abstandserweiterung fallen.</p> <p>Ferner halten wir die Siedlungserweiterung nach wie vor für bedenklich. Wir verweisen insoweit auf die Ausführungen in unserer Stellungnahme vom 02.12.2014.</p>	<p>Dies betrifft die Einstufung der Schutzbedürftigen Bereiche für Erholung bzw. für Naturschutz und Landschaftspflege. Beide Vorrangflächen werden zukünftig als „weiche Tabuzonen“ gewertet.</p> <p>Der Abstand von 1000 m zu Siedlungsflächen wird zukünftig als weiches Tabukriterium angewandt. Eine Differenzierung zwischen harten und weichen Tabuflächen erfolgt für die Siedlungsgebiete nicht mehr.</p> <p>Was als Siedlungsflächen betrachtet wird, wurde definiert. Der Abstand von Aussiedlerhöfen wird ebenso als weiches Kriterium behandelt, wie die übrigen Flächen.</p> <p>Kenntnisnahme, die Begründung und die Bedarfsermittlungen wurden überarbeitet.</p>
--	--	--

	<p>3. Flächenauswahl und substanzieller Raum für die Windenergie Zur Flächenauswahl wurde im Wesentlichen ein Flächenvergleich (Punkt 4.3.1 der Begründung) sowie Ausführungen unter Punkt 4.3.2 der Begründung beigelegt. Punkt 5 der Begründung enthält Ausführungen zur Frage, ob der Windenergie substanziell Raum geschaffen wird. Sowohl die Ausführungen zur Flächenauswahl als auch zum substanziellen Raum für die Windenergie erscheinen uns viel zu knapp. Beispielsweise ist schwer nachvollziehbar, aus welchen Gründen von 6 Potenzialflächen, die nach der vorgelegten Übersicht hoch geeignet sind, nur eine Teilfläche als Konzentrationszone vorgesehen ist. Zur Frage, ob substanziell Raum geschaffen wird, regen wir an, beispielsweise einen Flächenvergleich aufzunehmen, bei dem die ausgewiesene Konzentrationszone zum Plangebiet abzüglich der Fläche der harten Tabukriterien ins Verhältnis gesetzt wird.</p> <p>4. Potenzialanalyse Bei dem vorgelegten Plan erfolgt insbesondere beim Kriterium Siedlungsabstand keine Differenzierung nach Bereichen, die den harten Tabuzonen zugeordnet werden, und Bereichen, die eine weiche Konzentrationszone darstellen. Zur besseren Nachvollziehbarkeit der Planung sollte dies nachgeholt werden.</p> <p>5. Mindestflächengröße Nach der vorgelegten Potenzialanalyse werden nur Potenzialflächen mit einer Größe über 20 ha betrachtet. In der Begründung wird eine „Mindestflächengröße“ jedoch nicht als angewandtes Kriterium dargestellt. Hierzu sollten noch Ausführungen erfolgen.</p>	<p>Die Begründung für den Flächenvergleich wurde vertieft. Der Flächenvergleich mit/ohne Berücksichtigung der harten Tabuflächen ist nicht zielführend, da der weit überwiegende Teil der Tabuflächen als weich zu verstehen ist.</p> <p>Auf eine Definition von harten Tabuflächen für die Siedlungen wurde verzichtet, weil eine örtliche Grenzziehung nur schwer aus den Richtwerten der TA Lärm herleitbar ist.</p> <p>Wurde ergänzt</p>
--	---	--

	<p>6. Sonstiges</p> <p>Im Übrigen verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 02.12.2014.</p>	Kenntnisnahme
<p>2.2 Straßenwesen und Verkehr</p> <p>Ref. 45</p>	<p>- Wir gehen davon aus, dass in allen Fällen die straßenrechtlichen Vorgaben (Anbaubeschränkungen nach § 22 Straßengesetz für Baden-Württemberg (StrG)) in den Bebauungsplänen berücksichtigt werden.</p> <p>- Die verkehrliche Erschließung der Baugebiete hat im Regelfall über innerörtliche Straßen zu erfolgen. Neue Straßenanschlüsse zur Erschließung von Baugebieten an Außenstrecken der Landesstraßen werden nur ausnahmsweise zugelassen und bedürfen der engen Abstimmung mit dem Regierungspräsidium Stuttgart, Baureferat Ost. Die Kosten der neuen Straßenanschlüsse sind in allen Fällen von den Gemeinden zu tragen. - Durch die Ausweisung der Baugebiete dürfen den Trägern der Straßenbaulast der Landesstraßen keine Kosten für evtl. erforderliche Lärmschutzeinrichtungen entstehen.</p>	<p><u>Beschlussvorschlag:</u> Der Hinweis auf die Anbaubeschränkungen wird in der Begründung ergänzt.</p> <p>Kenntnisnahme</p>
<p>2.3 Sachgebiet Luftfahrt</p> <p>Ref. 46</p>	<p>Die Luftfahrtbehörde des Regierungspräsidiums Stuttgart begrüßt die zusätzliche Ausweisung von Flächen auf denen künftig Windkraftanlagen gebaut werden können.</p> <p>Dennoch müssen wir darauf hinweisen, dass es unsere Aufgabe ist, luftfahrtrechtliche Belange, die die geplanten Flächen zur Nutzung der Windenergie betreffen, vorzubringen, soweit dies in dem frühen Stadium als Träger öffentlicher Belange überhaupt schon möglich ist. In diesem Rahmen sind Hinweise zur Flugsicherheit bzw. zu Flugsicherungseinrichtungen im Interesse einer Gewährleistung des planerischen Abwägungsgebots und damit zur Vermeidung eines Planungsfehlers zu geben. Dies bedeutet aber zugleich, dass die Gewichtung und</p>	Kenntnisnahme, die Konzentrationsfläche ist bereits mit Anlagen belegt.

	<p>Entscheidung über die konkurrierenden öffentlichen Belange dem Planungsträger obliegt. Die Darstellung von Vorranggebieten in den Regionalplänen, von Konzentrationszonen in Flächennutzungsplänen oder in Bebauungsplänen gibt vor diesem Hintergrund noch keine Garantie der Zulässigkeit von Windenergieanlagen unter luftverkehrsrechtlicher Sicht.</p> <p>Denn eine verbindliche Zustimmung der Luftfahrtbehörde zur Errichtung einer Windkraftanlage ist erst möglich, wenn eine exakte Kenntnis u.a. des Standorts, der Höhe und der Bauweise der Anlage vorliegt. Dies ist in der Regel auf der Ebene der Flächennutzungsplanung noch nicht der Fall. Erst im regelmäßig immissionsschutz-rechtlichen Genehmigungsverfahren wird zu beachten sein, dass durch ein Bauwerk im Bauschutzbereich oder bei einem Bauwerk über 100m Höhe eine konkrete Gefährdung der Sicherheit des Luftverkehrs zu vermeiden ist bzw. Flugsicherungseinrichtungen nicht gestört werden dürfen.</p> <p>Fernerhin wird darauf hingewiesen, dass diese Stellungnahme lediglich Aspekte, welche die zivile Luftfahrt betreffen, umfasst. Da auch militärische fliegerische Belange betroffen sein können, sind diese durch das zuständige Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw) in einem eigenen Verfahren zu überprüfen. Das hierfür zuständige BAIUDBw ist auf jeden Fall durch die Genehmigungsbehörde zu beteiligen. Wir weisen darauf hin, dass es in der Nähe der ausgewiesenen Konzentrationsflächen das Segelfluggelände Neresheim gibt.</p>	
--	--	--

	<p>Eine direkte Beeinträchtigung der flugsicherheitlichen Belange des Segelfluggeländes Neresheim oder anderer Flugplatzgelände ist zunächst durch die Potentialflächen innerhalb des Plangebiets, mit Ausnahme der nachträglich ausgewiesenen Konzentrationsfläche nordwestlich von Dischingen, welche mit Windkraftanlagen bebaut werden soll, nicht zu erkennen.</p> <p>Fernerhin wird angemerkt, dass der Erläuterungstext zum Flächennutzungsplan (vgl. Seite 29) unrichtig ist. Platzrunden sind keine weichen Tabuzonen, sondern sind nach den „Gemeinsamen Grundsätzen des Bundes und der Länder für die Anlage von Flugplätzen für Flugzeuge im Sichtflugverkehr“ verbindlich einzuhalten und dürfen durch Bauwerke nicht beeinträchtigt sein. Ebenso sind die Mindestabstände zu den Platzrunden (im Gegenanflug 400 m, im Quer- und Endanflug, sowie allen Kurvenbereichen 850 m) freizuhalten, so dass ein gefährungsfreier Flugbetrieb möglich ist.</p> <p>Eine konkrete Prüfung ob fliegerische Belange tatsächlich beeinträchtigt werden, ist jedoch erst dann möglich, wenn die konkreten Standortdaten und Höhen der geplanten Windkraftanlagen bekannt sind und seitens der Deutschen Flugsicherung (DFS) gutachtliche Stellungnahmen vorliegen und die Entscheidung des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung (BAF) zu § 18 a LuftVG getroffen ist.</p> <p>Es ist zu berücksichtigen, dass sich die Entscheidung des BAF sich nur auf zivile Flugsicherungsanlagen bezieht. Für militärische Flugsicherungseinrichtungen ist eine Stellungnahme des zuständigen Bundesamt für</p>	<p>Die Platzrunden müssen weiterhin als weiche Tabuflächen behandelt werden, weil sie erforderlichenfalls verlegt werden können. Keine Änderung veranlasst.</p> <p>Kenntnisnahme, die Anlagen stehen bereits.</p> <p>Kenntnisnahme</p>
--	---	--

	<p>Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw) einzuholen. Die Gutachten der DFS im Rahmen der Prüfung nach § 14 Abs. 1 LuftVG berücksichtigen sowohl zivile als auch militärische Belange des Luftverkehrs.</p> <p>Die gutachtlichen Stellungnahmen der Deutschen Flugsicherung und des Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung sind fernerhin gebührenpflichtig. Ergänzend sind Stellungnahmen der von der Bundesrepublik Deutschland beauftragten Verbände für Luftsportgeräte, DULV Deutscher Ultraleichtflugverband, DAeC Deutscher Aeroclub e.V. und DHV Deutscher Hängegleiterverband einzuholen. Das BAIUDBw und die Höhere Raumordnungsbehörde im Regierungspräsidium sind als Träger öffentlicher Belange rechtzeitig in einem Antragsverfahren zu beteiligen.</p> <p>Die Bestimmungen des Windenergieerlasses vom 09.05.2012, Az.: 64-4583/404 sind einzuhalten.</p>	<p>Kenntnisnahme. Die Anlagen stehen bereits.</p> <p>Die Ausführungen des Windenergieerlasses sind behördenverbindlich.</p>
2.4 Abt. Umwelt	<p>Naturschutz: Naturschutzgebiete sowie Flächen des Artenschutzprogramms Baden-Württemberg sind von den Festsetzungen des FNPs nicht betroffen.</p> <p>Das Artenschutzrecht wurde laut Begründung im Rahmen des bereits durchgeführten immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens geprüft. Die weitere naturschutzfachliche Beurteilung sowie die artenschutzrechtliche Prüfung (inkl. der festgelegten Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen für Rotmilan, Wespenbussard und Fledermäuse) gem. §§ 44 ff BNatSchG obliegen grundsätzlich zunächst der unteren Naturschutzbehörde.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p>

Hinweise	Zur Aufnahme in das Raumordnungskataster wird gemäß § 26 Abs. 3 LplG gebeten, dem Regierungspräsidium nach Inkrafttreten des Planes eine Mehrfertigung davon - soweit möglich auch in digitalisierter Form - im Originalmaßstab zugehen zu lassen.	Kenntnisnahme
3 Regionalverband Ostwürttemberg (Schreiben vom 16.10.2015)		
3.1 Beschluss	Der Regionalverband Ostwürttemberg hat keine Bedenken zur Flächennutzungsplanfortschreibung der Gemeinde Dischingen. Die Ausweisung von neuen Planflächen und die Flächenrücknahme sind ausgewogen, den Neu-Ausweisungen von Planflächen kann daher zugestimmt werden. Die Auseinandersetzung mit der Abwägung der Potenzialflächen für die Nutzung von Windenergie fällt knapp, jedoch hinreichend aus, lediglich eine kartografische Darstellung der harten und weichen Prüf-Kriterien sowie der Potenzialflächen wäre für eine bessere Nachvollziehbarkeit wünschenswert.	Der Abstand von 1000 m zu Siedlungsflächen wird zukünftig als weiches Tabukriterium angewandt. Eine Differenzierung zwischen harten und weichen Tabuflächen erfolgt für die Siedlungsabstände nicht mehr.
3.2 Sachverhalt	Für den aktuellen Flächennutzungsplan der Gemeinde Dischingen werden zahlreiche Änderungen in ein Gesamtverfahren gebündelt, insbesondere die Flächenversorgung für bestimmte Betriebe. In dieser Fortschreibung werden sowohl neue Planflächen mit abgeschlossenem Bauleitplanverfahren, neue Planflächen und Korrekturen durch Bebauungspläne vorgenommen. Insgesamt gibt es 8 Anpassungen aufgrund Bauleitplanverfahren, 7 neue Planflächen (1 Fläche für Wohnen, 6 Flächen für Gewerbe) und 8 Korrekturen. Da der Änderungsentwurf des Flächennutzungsplans an verschiedenen Stellen Neuausweisungen von Wohnbauflächen vorsieht, ist dem Planentwurf eine Bilanzierung der vorhandenen freien Wohnbauflächen, sowohl im	Dies ist eine zusammenfassende und inhaltlich zutreffende Darstellung des Regionalverbands zum Stand des Vorentwurfs. Die Flächenbilanz hat sich mit der Entwurfsbearbeitung geändert.

	<p>Innenbereich (Baulücken, innerörtliche Freiflächen etc.) wie auch in den noch nicht erschlossenen, aber im Flächennutzungsplan als Wohnbauflächen ausgewiesenen Siedlungsbereichen beizufügen. Dabei muss eine Auseinandersetzung mit dem zu erwartenden Wohnbauflächenbedarf vorgenommen werden. Dies ist in der Begründung zur Flächennutzungsplanfortschreibung geschehen. Dabei ergibt sich ein relativer Wohnbauflächenbedarf von 11,73 ha, nach Abzug der potenziellen Siedlungsflächen im Bestand verbleiben 9,13 ha an Wohnbauflächenbedarf für das Jahr 2030.</p> <p>Des Weiteren wird sich mit dem zukünftigen Flächenbedarf für Gewerbeflächen auseinander gesetzt.</p> <p>Die Gemeinde möchte ihren ansässigen Firmen auch in Zukunft die Möglichkeit zur Entwicklung geben und dafür Flächen für Betriebserweiterungen zur Verfügung stellen (Aufstellung s. Originalstellungnahme).</p> <p>Hinzu kommt ein Bedarf von 2,5 ha Gewerbeflächen für die übrigen Gewerbebetriebe, somit beläuft sich der Gesamtbedarf auf 18,3 ha.</p> <p>Abschließend setzt sich die Flächennutzungsplanfortschreibung mit der Planung von Flächen für die Nutzung von Windenergie auseinander. Hierfür werden harte und weiche Kriterien veranschlagt, wie z.B. Siedlungsabstand von 700m (hart), Natur- und Vogelschutzgebiete (hart) oder sonstige Schutzgebiete (weich). Die verbleibenden Potenzialflächen werden einem Vergleich unterzogen, bei welchem die Potenzialfläche, die im Wesentlichen dem Vorranggebiet für Windenergie des Regionalplans Ostwürttemberg entspricht, aufgrund der geringsten Konflikte als Konzentrationsfläche weiterverfolgt wird.</p>	
--	---	--

3.3 Übersicht über die Siedlungsentwicklung	<p>Tabelle „Gesamte Flächenbilanz der Flächennutzungsplanfortschreibung“: s. Originalstellungnahme bzw. Kap. 3.1 der Begründung vom April 2015</p> <p>In der Gesamtbilanz wird deutlich, dass in der Flächennutzungsplanfortschreibung vorgesehen ist insgesamt 6,8 ha Fläche für Wohnbebauung, 1,3 ha Fläche für gemischte Nutzung und 1,3 ha Fläche für Gewerbe zurückzunehmen. Dem gegenüber stehen neue Planflächen mit 1,6 ha für Wohnbebauung, 0,9 ha für gemischte Nutzung und 4,4 ha Fläche für Gewerbe.</p>	Wird zur Kenntnis genommen
3.4 Flächenbewertung	Abbildungen s. Originalstellungnahme	
3.4.1 Neue Planflächen mit abgeschlossenem Bauleitplanverfahren	DU 2 (Hofener Straße) Betriebserweiterung für Brauerei, keine Einwände (STN vom 12.06.2012)	Wird zur Kenntnis genommen
	Schrai (=Gewerbegebiet Schrai-Erweiterung): B-Planverfahren von 2012, keine Einwände zum B-Planverfahren (STN vom 20.09.2012 und 12.08.2013)	Wird zur Kenntnis genommen
	<p>F2 (Kappelesäcker): Flächentausch mit Fläche F1 Keine Einwände unter der Voraussetzung der Flächenrücknahme (STN vom 12.08.2013). Flächenrücknahme kann dadurch nicht mehr für eine Bilanzierung mit den neu aufzunehmenden Planflächen herangezogen werden</p>	<p>In der Gesamtbilanz fließt auch der angesprochene Flächentausch mit ein; der im Bebauungsplan Kappelesäcker zugrunde gelegte Bilanzierungsvorgang wird durch die Darstellungen im Flächennutzungsplan umgesetzt. Allerdings handelt es sich bei der Tauschfläche nicht um die Fläche F1 „Hofwiesen östlicher Teil“, sondern um die Fläche F1 „Hofwiesen westlicher Teil“</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Bilanzierung wird in dieser Hinsicht nicht verändert</p>
	E3: keine Bewertung des Regionalverbands	Wird zur Kenntnis genommen

3.4.2 Anpassungen (Flächenrücknahme)	D1, E2, E3, F1: keine Bewertung des Regionalverbands	Wird zur Kenntnis genommen
	F1 (Hofwiesen): Flächentausch für Fläche F2 "Kappelesäcker", kann somit nicht mehr für eine Bilanzierung mit den neu aufzunehmenden Planflächen herangezogen werden	s. oben F2 (Kappelesäcker)
	K3, K4, K5: keine Bewertung des Regionalverbands	Wird zur Kenntnis genommen
Anpassungen (Umwidmung)	E4: Keine Einwände	Wird zur Kenntnis genommen
3.4.3 Neue Planflächen	D2 (Rosenbach): Schließung der Bucht am nördlichen Ortsrand. Für die Neuaufnahme sollen Flächen in gleicher Größendimension aus dem FNP entfernt werden. Sinnvolle Lückenschließung, Auf- und Rücknahme ausgeglichen, keine Einwände	Wird zur Kenntnis genommen
	B3 (Ballmertshofen, südlicher Ortsrand): Bedarf an zusätzlichen Gewerbeflächen wird in der Begründung zum FNP dargestellt. Schutzbedürftiger Bereich für Landwirtschaft und Bodenschutz betroffen.	Wird zur Kenntnis genommen. Die schutzbedürftigen Bereiche werden unter Ausnutzung des bestehenden Siedlungsansatzes ausgewiesen. <u>Beschlussvorschlag</u> : Die Notwendigkeit der Inanspruchnahme der schutzbedürftigen Bereiche wird in der Begründung erläutert.
	DU3, E3: keine Einwände	Wird zur Kenntnis genommen
	E5 (Schrai – Erweiterung Nord): Mittelfristig zeichnet sich die Notwendigkeit dieser weiteren Ausweisung von Gewerbefläche ab. Der Bedarf an zusätzlichen Gewerbeflächen wird in der Begründung zum FNP dargestellt. Schutzbedürftiger Bereich für Landwirtschaft und Bodenschutz betroffen.	Wird zur Kenntnis genommen. Die schutzbedürftigen Bereiche werden unter Ausnutzung des bestehenden Siedlungsansatzes ausgewiesen. <u>Beschlussvorschlag</u> : Die Notwendigkeit der Inanspruchnahme der schutzbedürftigen Bereiche wird in der Begründung erläutert.
	K6 (Katzenstein): Erheblicher Flächenbedarf für die Bereitstellung von Parkplätzen. Kein intensiver Ausbauzustand geplant, da Parkplätze nur bei Großereignissen genutzt werden sollen. Unter der	Die geplante Nutzung ist in der Begründung bereits dokumentiert. Mittlerweile ist ein Bebauungsplan in Aufstellung.

	Bedingung, dass diese geplante Nutzung im Textteil des Bebauungsplans festgehalten wird, bestehen keine Einwände	
	<p>Wie bereits dargestellt werden in der Flächennutzungsplanfortschreibung sowohl Flächen aus dem FNP entnommen als auch neue Planflächen hinzugefügt. Zudem verbleiben weiterhin geplante Siedlungsflächen im FNP, welche aus dem FNP 2006 in die Fortschreibung übernommen werden. In der folgenden Abbildung ist das gesamte Siedlungsflächenpotenzial für den FNP 2030 dargestellt:</p> <p>(s. Originalstellungnahme bzw. Kap. 3.6 der Begründung vom April 2015).</p> <p>In der Summe entsprechen sowohl die geplanten Wohnbauflächen als auch die geplanten Gewerbeflächen dem rechnerisch prognostizierten Bedarf an Siedlungsflächen für das Zieljahr 2030.</p>	Wird zur Kenntnis genommen, keine Änderung veranlasst.
3.5 Bewertung	<p>Die Darstellung der zukünftigen Flächenbedarfe für Gewerbe beruht in der Begründung der Flächennutzungsplanfortschreibung darauf, dass sich die Gemeinde Dischingen mit den Betrieben dahingehend über die Bedarfe abgestimmt hat. Sieht man sich die bisherige Entwicklung der Betriebe an, können diese Zahlen als realistisch eingeschätzt werden.</p> <p>Der Regionalverband Ostwürttemberg begrüßt die umfangreichen Bemühungen neuen Flächenausweisungen auch Flächenrücknahmen gegenüberzustellen. Bei den Wohnbauflächen wird gar mehr Fläche zurückgenommen, als neu ausgewiesen wird, dieses Vorgehen ist auf jeden Fall zu unterstützen.</p> <p>Bei den Gewerbeflächen wird geringfügig mehr</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen. Die Begründung wurde aufgrund der Stellungnahme des RP Stuttgart noch etwas vertieft.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. Die schutzbedürftigen</p>

	<p>neue Fläche ausgewiesen als zurückgenommen. Damit jedoch den Betrieben auch in Zukunft eine bedarfsgerechte Erweiterung ermöglicht wird, bestehen auch hier keine Einwände. Die Bewertung der einzelnen neuen Planflächen ist in der obigen Darstellung aufgeführt, keine der neuen Planflächen tangiert ein Ziel der Raumordnung, betroffen ist der Schutzbedürftige Bereich für Landwirtschaft und Bodenschutz (PS 3.2.2 (G)). Dieser Grundsatz ist in den weiteren Planverfahren darzustellen und abzuwägen.</p> <p>Die neu geplanten Gewerbeflächen dienen gezielt Betriebserweiterungen bzw. die Fläche K6 soll nur zeitweise und bei Bedarf als Parkplatz genutzt werden. Werden diese Voraussetzungen später in den Bebauungsplänen im Textteil festgehalten, kann den neu ausgewiesenen Gewerbeflächen zugestimmt werden.</p> <p>Mit der Darstellung der gesamten Siedlungsflächenpotenziale für den ins Jahr 2030 fortgeschriebene Flächennutzungsplan wird aufgezeigt, dass die geplanten Siedlungsflächen den errechneten Bedarf an Wohnbau- und Gewerbeflächen decken können.</p> <p>Die Planung von Flächen für die Nutzung von Windkraftanlagen ist nachvollziehbar beschrieben, leider fehlt eine kartografische Darstellung der harten und weichen Kriterien und den sich daraus ergebenden Potenzialflächen. Die Abwägung der Potenzialflächen untereinander wird sehr knapp dargestellt und ist aus Sicht des Regionalverbands gerade ausreichend, um die Auswahl der Potenzialfläche P1 als Konzentrationszone zu begründen. Darüber hinaus hat der Regionalverband Ostwürttemberg keine weiteren Anmerkungen oder Bedenken.</p>	<p>Bereiche werden unter Ausnutzung bestehender Siedlungsansätze ausgewiesen. <u>Beschlussvorschlag:</u> Die Notwendigkeit der Inanspruchnahme der schutzbedürftigen Bereiche wird in der Begründung erläutert.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. Die Zweckgebundenheit der gewerblichen Erweiterungen ist bereits in der Begründung dokumentiert.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen</p> <p>Der Katalog der harten Kriterien ist stark eingeschränkt. Als harte Tabubereiche sind lediglich Naturschutzgebiete und Wasserschutzgebiete (Zone I und II) verblieben. Insbesondere für die Siedlungsflächen werden trotz einer Diskussion der Abstände keine harten Tabubereiche definiert. <u>Beschlussvorschlag:</u> Die Begründung für die Auswahl der Flächen wird noch etwas vertieft.</p>
--	--	---

4 Polizeipräsidium Ulm (Schreiben vom 16.07.2015)		
Erschließungsstraßen	<p>Das Polizeipräsidium Ulm hat zum Entwurf zur Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Dischingen, mit Stand vom 15.04.2015 aus verkehrspolizeilicher Sicht grundsätzlich keine Bedenken, zumal ein Flächennutzungsplan naturgemäß keine Planungen hinsichtlich der künftigen Verkehrsführungen bzw. Verkehrsflächen enthält.</p> <p>Es wird davon ausgegangen, dass bei entsprechend weiterführenden konkreten Bebauungsplanverfahren weiterhin konkrete Anhörungen erfolgen.</p> <p>Bezüglich der Flächen für die Nutzung von Windkraftanlagen wird vorsorglich gebeten die Anlagen wegen möglichem Eiswurf u. A. in entsprechend sicheren Abständen zu den Flächen des öffentlichen Straßenverkehrs zuzulassen. Auf die entsprechenden Inhalte und Regelungen des Windenergieerlasses Baden-Württemberg vom 09.05.2012 wird hingewiesen.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen und beachtet, keine Änderung erforderlich.</p> <p>Das Polizeipräsidium Ulm wird bei den Bauleitplanverfahren beteiligt. Keine Änderung veranlasst.</p> <p>Für die Konzentrationszone Windenergie liegt bereits eine Immissionsschutzrechtliche Genehmigung vor. Die Anlagen sind gebaut. Da hierzu auch eine Anhörung der Träger öffentlicher Belange durchzuführen war, ist davon auszugehen, dass auch die straßenrechtlichen Belange ausreichend berücksichtigt wurden. Keine Änderung veranlasst.</p>

5 Regierungspräsidium Freiburg (LGRB) (Schreiben vom 09.07.2015)		
Geotechnik	<p><u>Geotechnik</u> Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse können dem bestehenden Geologischen Kartenwerk entnommen werden. Ingenieurgeologische Belange werden im Rahmen der Anhörung zu konkreten Planungen (z.B. Bebauungspläne) beurteilt, wenn Art und Umfang der Eingriffe in den Untergrund näher bekannt sind. Eine Gefahrenhinweiskarte (insbesondere bezüglich eventueller Massenbewegungen und Verkarstungsstrukturen) kann, nach vorheriger - ggf. gebührenpflichtiger - Registrierung, unter http://aeoqefahren.lqrb-bw.de/ abgerufen werden.</p> <p><u>Boden, mineralische Rohstoffe, Bergbau</u> keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken</p> <p><u>Grundwasser</u> Die geplanten Bauflächen (Abschnitt 3.6) im Flächennutzungsplan Dischingen 2020 - Fortschreibung 2030 (Vorentwurf) befinden sich nach dem Kenntnisstand des LGRB in folgenden Wasserschutzgebieten (WSG): - WSG der Wasserfassungen im Egautal (WSG-Nr.: 135002, Schutzzone III (festgesetzt)): D1 Spitziger Berg, Wohnbaufläche; D1 Spitziger Berg, Gemischte Baufläche; D2 Rosenbach, Wohnbaufläche; D4 GE West, Gewerbliche Baufläche; 11 Iggenhausen, Gemischte Baufläche; K1 Katzenstein, Gemischte Baufläche; K2 Katzenstein, Gewerbliche Baufläche; K3 Katzenstein, Gewerbliche Baufläche; K4 Katzenstein, Gemischte Baufläche; K6 Erweiterung Gastronomie, Gemischte Baufläche;</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen, keine Änderung veranlasst.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. <u>Beschlussvorschlag:</u> Der Sachverhalt wird für die neuen Flächen in die Begründung bzw. den Umweltbericht aufgenommen, sofern noch nicht erwähnt.</p>

	<p>- WSG TB Demmingen, Dischingen (WSG-Nr.: 135201, Schutzzone III (abgegrenzt, im Verfahren):</p> <p>DU1 Hinter dem Schlossgarten, Wohnbaufläche; DU3 Östlich der Hofenener Straße, Gemischte Baufläche; E1 Blasenfeld, Gemischte Baufläche; E2 westlicher Ortsrand, Wohnbaufläche; E3 Blasenfeld, Gewerbliche Baufläche; E4 Schrai 2. Erweiterung Süd, Gemischte Baufläche; E5 Schrai Erweiterung Nord, Gewerbliche Baufläche.</p> <p>Für die Stellungnahme zu neuen Planflächen mit abgeschlossenem Bauleitverfahren (Abschnitt 3.2), neue Planflächen (Abschnitt 3.3), Korrekturen durch Bebauungspläne (Abschnitt 3.4) und ggf. sonstige Korrekturen (3.5) wird auf die Stellungnahme des LGRB vom 01.10.2014 (Az.:2511 // 14-07742) verwiesen.</p> <p>Auf die Bestimmungen der Rechtsverordnung zum Wasserschutzgebiet bzw. potentielle Gefährdungen für das Grundwasser in Schutzgebietszonen (DVGW, Technische Regel, Arbeitsblatt W101, Richtlinien für Trinkwasserschutzgebiete, 2006) wird hingewiesen.</p> <p>Für den Bau von Windkraftanlagen in Schutzzone III (Abschnitt 4.2.4 des FNP) ist aus hydrogeologischer Sicht für die konkreten Standorte zu prüfen, ob durch Eingriffe in den Untergrund (Bau der Fundamente, Anlage der Kabeltrassen, Schaffung von Zufahrten zu den Standorten) die Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung beeinträchtigt wird. Beim Bau und Betrieb von Windkraftanlagen werden Wasser gefährdende Stoffe eingesetzt (insbesondere Hydrauliköl, Schmieröl, Schmierfett und Transformatorenöl). Von daher ist für die konkreten Standorte auch sicherzustellen, dass es</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. <u>Beschlussvorschlag</u>: Der Hinweis wird in die Begründung übernommen.</p> <p>Für die dargestellte Konzentrationszone Windenergie liegt bereits eine Genehmigung für fünf WEA vor. Die Anlagen sind gebaut. Es ist davon auszugehen, dass auch die Belange des Grundwasserschutzes in ausreichendem Maße geprüft wurden. <u>Beschlussvorschlag</u>: Als Hinweis für eine zukünftige Planung (Repowering) wird der Hinweis dennoch in die Begründung aufgenommen.</p>
--	--	---

	hierdurch nicht zu einer nachteiligen Veränderung der Grundwasserqualität kommt. Ansonsten sind zum Planungsvorhaben aus hydrogeologischer Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.	
Geotopschutz, Allgemeine Hinweise	Für Belange des geowissenschaftlichen Naturschutzes verweisen wir auf unser Geotop-Kataster, welches im Internet abgerufen werden kann. Die lokalen Geologischen Untergrundverhältnisse können dem bestehenden Geologischen Kartenwerk entnommen werden, eine Übersicht über die am LGRB vorhandenen Bohrdaten kann der Homepage des LGRB (www.lgrb-bw.de) entnommen werden.	Wird zur Kenntnis genommen.
6 Regierungspräsidium Tübingen, Landesbetrieb Forst BW (Schreiben vom 06.07.2015)		
	<p>Zu den geplanten Änderungen hat die Forstdirektion bereits am 04.11.2014 eine Stellungnahme abgegeben. Auf dieses Schreiben wird erneut verwiesen.</p> <p>Von den nun vorgelegten, geänderten Planungen (3.3 - 3.5) sind keine Waldflächen betroffen. Die Forstdirektion bittet, die genannten Punkte zu berücksichtigen und steht für eventuelle Rückfragen zur Verfügung.</p> <p>Schreiben vom 04.11.2014: Dischingen - Friedwald im Englischen Garten: Im Bereich des Friedwaldes dürfen keine Einschränkungen des Betretensrechtes erfolgen (z.B. Zaunbau) um die Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes nicht wesentlich zu</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen und beachtet.</p> <p>Die Fläche für den Friedwald wurde verschoben. <u>Beschlussvorschlag</u>: Es wird ein entsprechender Hinweis in die Begründung aufgenommen.</p>

	<p>beeinträchtigen. Für ggf. nötige bauliche Anlagen ist eine Waldumwandlungsgenehmigung (nach § 9 LWaldG) erforderlich.</p> <p>Die geplante Konzentrationszone für Windkraftanlagen übernimmt das Vorranggebiet Nr. 23 aus der Teilfortschreibung „Erneuerbare Energien“ des Regionalplanes Ostwürttemberg. Die Fläche ist Privat- und Gemeindewald. Detaillierte Aussagen zu Aufbau, Alter und Struktur der Bestände sind nur für eingerichtete Wälder, wie Gemeinde- und Staatswald möglich. Artenschutzfachliche Belange, welche sich vor allem in strukturreichen Laubholzbeständen ergeben, müssen gesondert geklärt werden. Ebenso können in Bereichen von Privatwald keine Hinweise zu Bodenbesonderheiten, wie wechselfeuchte Standorte gegeben werden. Waldbiotope und Waldfunktionen (Bodenschutzwald) werden nur randlich berührt. Eine Grunderschließung der Fläche ist vorhanden. Im Süden direkt angrenzend an die Vorrangfläche befinden sich Waldlebensraumtypen im FFH- Gebiet. Die Konzentrationszone ist aus forstlicher Sicht zur Windkraftnutzung geeignet. Bei der Planung der Anlagenstandorte ist eine frühestmögliche Abstimmung mit den Forstbehörden vorzunehmen. Anlagenstandorte sind entlang vorhandener Fahrwege zu wählen. Eine maximale Minimierung der Waldflächeninanspruchnahme ist anzustreben. Durch die Verwendung moderner Krantechnik (Hochbau- anstatt Gittermastkran) und ggf. auch logistischer Hilfsmittel (z.B. Kippvorrichtung beim Flügeltransport in Kurven) lassen sich erhebliche Flächeneinsparungen erzielen.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen. Es liegt bereits eine Immissionsschutzrechtliche Genehmigung über 5 Anlagen vor.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Hinweise werden in die Begründung übernommen.</p>
--	---	---

6 Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg (LGL) (Schreiben vom 29.06.2015)		
	<p>Das Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg (LGL) ist nicht zuständig im Rahmen der Behördenbeteiligung. Zuständig sind die Vermessungsbehörden/Katasterämter bei den Landratsämtern bzw. bei den kreisfreien Städten. In Ihrem Falle ist das das Landratsamt Heidenheim. Ich gehe davon aus, dass dieses im Rahmen der benötigten Katastergrundlagen/Kartengrundlagen bereits einbezogen ist.</p> <p>Allerdings sind wir daran interessiert, wenn Bebauungspläne rechtskräftig sind und realisiert werden. In der Regel übernehmen wir Neubaugebiete in unser Digitales Landschaftsmodell (DLM), ein digitales GIS, mit dem Beginn der Erschließungsmaßnahmen (Kanal- und Straßenbau), also möglichst zeitnah. Zudem werden dann noch die neuen Straßennamen sowie Straßenschlüssel benötigt. Daher bitte ich Sie, mir zu gegebener Zeit die rechtskräftigen Bebauungspläne, möglichst als PDF-Datei per E-Mail zukommen zu lassen, damit wir unser GIS entsprechend aktualisieren können.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen. Das Landratsamt Heidenheim wurde bereits beteiligt. Keine Änderung veranlasst.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen und bei der Bearbeitung der Bebauungspläne beachtet.</p>
7 Zweckverband Landeswasserversorgung (Schreiben vom 28.07.2015)		
	Die neuen Plangebiete liegen teilweise in der Schutzzone III des WSG für die Wasserfassung im Egautal.	Wird zur Kenntnis genommen.

	<p>Vor allem die Erweiterung oder Neuausweisung von Gewerbegebieten wird von der Landeswasserversorgung stets kritisch gesehen, da zu befürchten ist, dass sich mit der Ansiedelung von Gewerbebetrieben ein erhöhtes Gefährdungspotenzial für das von der LW genutzte Grundwasservorkommen ergibt. Gegenüber dem letzten Entwurf gibt es innerhalb des Wasserschutzgebiets jedoch nur geringfügige Änderungen. Der Hinweis in der Begründung zum Flächennutzungsplan, dass aus Gründen des Grundwasserschutzes nur Betriebe angesiedelt werden sollen, die keine oder nur geringe Mengen wassergefährdender Stoffe verwenden, wird von uns sehr begrüßt.</p> <p>Innerhalb des WSG nordwestlich von Dischingen wurde ein Vorranggebiet für Windenergieanlagen festgesetzt. Das daran angrenzende Potentialgebiet P1 wurde für die Nutzung der Windenergie als das am besten geeignete Areal ermittelt. Die Bereiche liegen in einem Gebiet mit einer geringen bis sehr geringen Schutzfunktion der Deckschichten. Das Vorhandensein von Dolinen oder ähnlichen Karststrukturen kann nicht ausgeschlossen werden. Beim Bau von Windkraftanlagen kann es besonders bei der Erstellung der Baugrube zu einer Grundwassergefährdung kommen. Beim Bau der Anlagen muss daher äußerste Vorsicht und Sorgfalt angewandt werden. Das Risiko einer Grundwassergefährdung im Betrieb der Anlagen kann als eher gering gewertet werden, sofern neuartige Anlagen zum Einsatz kommen, die mit möglichst weniger als 100 Liter Getriebeöl auskommen.</p> <p>Gegen die Fortschreibung des Flächennutzungsplans haben wir keine Einwände.</p>	<p>Die Ausweisungen von Wohnbauflächen wurden gegenüber dem rechtsgültigen Flächennutzungsplan erheblich reduziert. Die dargestellten Gewerbeflächen basieren auf dem Bedarf der ansässigen Gewerbebetriebe. Eine Angebotsplanung wurde vermieden. Damit konnte auch hier eine Beschränkung auf die tatsächlich notwendigen Flächen erfolgen. Die dargestellten Flächen sind trotz der potenziellen Gefährdungen für das Trinkwasser für die Entwicklung der ansässigen Betriebe und damit auch für die Entwicklung der Gemeinde erforderlich.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Eine weitere Flächenreduktion aufgrund der Grundwasserschutzes wird nicht vorgenommen.</p> <p>Für die dargestellte Konzentrationszone Windenergie liegt bereits eine Genehmigung für fünf WEA vor. Die Anlagen wurden bereits gebaut. Es ist davon auszugehen, dass auch die Belange des Grundwasserschutzes in ausreichendem Maße geprüft wurden. Das Gebiet P1 umfasst auch die dargestellte Konzentrationsfläche.</p>
--	--	---

6 Abwasserzweckverband Härtsfeld (Schreiben vom 28.07.2015)		
	Gegenüber den im Jahr 2014 eingereichten Unterlagen konnten wir in Abstimmung mit unserem beratenden Ingenieurbüro Bäuerle und Partner, Ellwangen keine Änderungen erkennen, die Auswirkungen auf den Abwasserzweckverband Härtsfeld haben könnten. Insoweit verbleibt es bei unserer Stellungnahme vom 26.09.2014	Wird zur Kenntnis genommen.

<p>7 NABU (Schreiben vom 23.07.2015)</p>		
	<p>Beim Thema Windkraft haben wir uns ja bereits intensiv im Genehmigungsverfahren eingebracht. Daher verweisen wir auf unsere Ausführungen für den Windpark Ohrberg.</p> <p>Die zugrunde gelegten Flächenansätze bei der Wohnbebauung wie auch der Gewerbeentwicklung halten wir vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklungen und den Vergangenheitswerten für zu optimistisch. Wir gehen davon aus, dass der tatsächliche Bedarf insbesondere im Bereich der Wohnbebauung deutlich niedriger ausfallen wird. Insofern halten wir weitere Flächenreduktionen insbesondere im Außenbereich für möglich. Wir wissen um die Schwierigkeiten bei der Erschließung von Innenentwicklungsflächen und Baulücken. Die Gemeinde sollte die Politik der Nach- und Innenverdichtung aber mit Nachdruck weiterverfolgen. Auf lange Sicht - dies haben auch Berechnungen des Statistischen Landesamtes gezeigt - rechnet sich dies auch für die Kommune in der Unterhaltung der öffentlichen Infrastruktur. Im Großen und Ganzen lässt die Fortschreibung aber eine angepasste und moderate Planung, die auch das Ziel des schonenden Umgangs mit Flächen verfolgt, erkennen.</p>	<p>Für den Windpark Ohrberg liegt eine Immissionsschutzrechtliche Genehmigung vor. Die Anlagen stehen bereits. Da das Prüfverfahren auch die vertiefte arten- und naturschutzrechtlichen Belange umfasste, kann für den Flächennutzungsplan davon ausgegangen werden, dass keine Belange gegen die Ausweisung einer entsprechenden Konzentrationszone sprechen. Keine Änderung veranlasst.</p> <p>Hier muss auch berücksichtigt werden, dass die Wohnbauflächen gegenüber dem rechtsgültigen Flächennutzungsplan reduziert wurden. Die Ausweisungen basieren auf einer Bedarfsermittlung. Der Umfang der Gewerbeflächen ergibt sich aus dem Bedarf der ortsansässigen Firmen. Eine Ausweisung „auf Vorrat“ wurde nicht vorgenommen.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> An den Ausweisungen wird festgehalten</p>

	Ob Ausgleichsmaßnahmen notwendig werden und ob entsprechende Schutzgüter betroffen sind, können wir auf Basis der vorgelegten Planung nicht beurteilen. Bei Durchsicht der Flächen sind uns keine offenkundigen Artenschutzkonflikte aufgefallen. Wir werden uns dann in den Einzelverfahren einbringen.	Die Prüfung, ob Schutzgüter betroffen sind, wurde in der für die Aufstellung eines Flächennutzungsplans gebotenen Untersuchungstiefe vorgenommen. Erhebliche Beeinträchtigungen für die Schutzgüter konnten vermieden werden. Keine Änderung veranlasst.
8 Industrie- und Handelskammer (IHK) (Schreiben vom 20.07.2015)		
	Aus Sicht der IHK Ostwürttemberg bestehen keine Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche. In Bezug auf die Gewerbefläche „Erweiterung Gastronomie“ in Katzenstein betonen wir jedoch die erhebliche Notwendigkeit, Flächen für die Parkierung auszuweisen. Von großer Bedeutung ist auch die Verbesserung der Zufahrtsbedingungen, ohne die eine Weiterentwicklung der Burg samt angegliederter Gastronomie nicht möglich sein wird.	Wird zur Kenntnis genommen, keine Änderung veranlasst.
9 Stadt Neresheim (Schreiben vom 23.07.2015)		
	Die Stadt Neresheim stimmt der Planung grundsätzlich zu. Es wird jedoch hinsichtlich der Ausweisung einer Konzentrationszone für Windkraftanlagen dringend darum gebeten, die Fläche so festzulegen, dass der Segelflugplatz Neresheim nicht beeinträchtigt wird.	Für den Windpark Ohrberg liegt eine Immissionsschutzrechtliche Genehmigung vor. Die Anlagen stehen bereits. Da das Prüfverfahren auch die Belange der Flugsicherheit umfasste, ist keine Änderung veranlasst. Zudem ist die Fläche zu übernehmen, da es sich um eine regionalplanerische Vorrangfläche handelt.

9 Verwaltungsgemeinschaft Wittislingen (Schreiben vom 21.07.2015)		
	<p>die Gemeinderäte der Gemeinden Ziertheim und Mödingen bitten vorsorglich darum, auf eine zukünftige Nutzung der Potentialflächen P4, P5 und P 8 für Windenergieanlagen zu verzichten, da negative Auswirkungen auf ihre Gemeindegebiete nicht vollkommen ausgeschlossen werden können. Wenn dennoch in der Zukunft eine entsprechende Nutzung dieser Flächen geplant wird, sollte bitte die in Bayern geltende Abstandsregelung (10 x die Höhe des Windrades) berücksichtigt werden.</p>	<p>Derzeit besteht keine Absicht, die genannten Potenzialflächen als Konzentrationszone auszuweisen. Nach § 35 Abs. 3 Satz 3 stehen auch die Potenzialflächen nicht für die Nutzung der Windenergie zur Verfügung. Die 10h-Regelung gilt ausschließlich für das Bundesland Bayern. Die Übertragung auf Baden-Württemberg fände ohne Rechtsgrundlage statt und würde die Rechtssicherheit der Planung gefährden. Die Kriterien für die Gemeinde Dischingen sind ausreichend.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Konzentrationszonen werden nicht ausgeweitet. Die 10h-Regelung findet keine Anwendung.</p>
10 Netze NGO (Schreiben vom 20.07.2015)		
	<p>unser Stromnetz hat sich im Bereich des Flächennutzungsplans Dischingen geändert. Dunstelkingen: Hofer Straße". Verkabelung von ca. 60m 20-kV-Freileitung. Frickingen: „Kappelesäcker". Verkabelung von ca. 650m 20-kV-Freileitung Wir bitten Sie ihren Flächennutzungsplan entsprechend anzupassen.</p>	<p><u>Beschlussvorschlag:</u> Die Änderungen werden in die Flächennutzungsplanung übernommen.</p>

<p>11 Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBW) (Schreiben vom 30.06.2015)</p>		
	<p>die Bundeswehr unterstützt den Ausbau erneuerbarer Energien soweit militärische Belange nicht entgegenstehen. Windenergieanlagen können grundsätzlich militärische Interessen, z.B. militärische Richtfunkstrecken oder den militärischen Flugverkehr, berühren und beeinträchtigen.</p> <p>Die geplante Maßnahme befindet sich im äußeren Zuständigkeitsbereich des Flugplatzes Neuburg/Donau. Im Bereich der geplanten Maßnahme können ebenfalls Richtfunkstrecken der Bundeswehr betroffen sein.</p> <p>Weiterhin verläuft eine Produktenfernleitung ca. 2,5 km ostwärts der Stadt Dischingen und 400 m ostwärts der Gemeinde Trugenhofen. Für Produktenfernleitungen ist die Fernleitungsbetriebsgesellschaft in Idar-Oberstein zuständig (planauskunft@fbg.de). Ob und inwiefern eine Beeinträchtigung der militärischen Interessen tatsächlich vorliegt, kann in dieser frühen Planungsphase nicht beurteilt werden. Die Bundeswehr behält sich daher vor, im Rahmen der sich anschließenden Beteiligungsverfahren (z.B. Blmsch-Verfahren) zu gegebener Zeit, wenn nötig, Einwendungen geltend machen.</p> <p>Da die Anlagen aufgrund ihrer Bauhöhe von über 100 m über Grund der luftrechtlichen Genehmigung nach § 14 LuftVG bedürfen, werden etwaige militärische flugbetriebliche Bedenken ausschließlich über das Beteiligungsverfahren der zivilen Luftfahrtbehörde in Baden Württemberg geltend gemacht.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Für den Windpark Ohrberg liegt eine Immissionsschutzrechtliche Genehmigung vor. Die Anlagen stehen bereits. Da das Prüfverfahren auch die Belange der Landesverteidigung und der Flugsicherheit umfasste, ist keine Änderung veranlasst. Zudem ist die Fläche zu übernehmen, da es sich um eine regionalplanerische Vorrangfläche handelt.</p>

12 Terranets BW (Schreiben vom 10.07.2015)		
	<p>wir bedanken uns für die Beteiligung an der Änderung des oben genannten Flächennutzungsplanes und teilen Ihnen mit, dass Leitungen und Anlagen unseres Unternehmens im FNP Plan Nord und Süd nachrichtlich dargestellt sind und durch den Bereich Eglinger Keller Potenzialanalyse Windenergie P 5 verlaufen.</p> <p>Im Zusammenhang für die weiteren Potentialanalysen Windenergie weisen wir vorsorglich auf das Gutachten vom 29.09.2014 Dr.-Ing. Veenker Ingenieurgesellschaft mbH „Windenergieanlagen in der Nähe von Schutzobjekten - Bestimmungen von Mindestabständen" hin und bitten um Beachtung.</p> <p>An künftigen öffentl.- rechtl. Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen muss die terranets bw GmbH beteiligt werden.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass die im FNP Nord und Süd dargestellten Anlagen der terranets bw mit GVS DN700 bezeichnet sind, hier müsste der neue Name terranets bw DN 700 erwähnt werden.</p>	<p>Der Verlauf der Leitung wurde bislang bei der Bewertung der Potenzialflächen nicht berücksichtigt. Das Gebiet ist jedoch aufgrund andere Kriterien entfallen.</p> <p>Dieser Belang ist im Zuge der Genehmigungsplanung zu beachten. <u>Beschlussvorschlag:</u> Wird als Hinweis in die Begründung aufgenommen.</p> <p>Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange im Genehmigungsverfahren obliegt bei Immissionsschutzrechtlichen Verfahren nicht der Gemeinde. Keine Änderung veranlasst.</p> <p><u>Beschlussvorschlag:</u> Der Name wird aktualisiert.</p>

Keine Anregungen wurden von folgenden Trägern öffentlicher Belange vorgebracht	
Handwerkskammer Ulm	Schreiben vom 21.07.2015
Vermögen und Bau, Amt Schwäbisch Gmünd	Schreiben vom 25.06.2015
Deutsche Telekom Technik GmbH	Schreiben vom 22.06.2015
Gascade Gastransport GmbH	Schreiben vom 15.07.2015
Gemeinde Nattheim	Schreiben vom 25.06.2015
Verwaltungsgemeinschaft Syrgenstein	Schreiben vom 29.07.2015
Zweckverband Wasserversorgung Egaugruppe	Schreiben vom 23.06.2015
Wasserverband Egau	Schreiben vom 23.06.2015

Keine Stellungnahme wurde von folgenden Trägern öffentlicher Belange abgegeben	
Straßenbauamt Ellwangen	
Deutsche Post	
Kabel BW Unitymedia	
O2 Germany GmbH & Co KG	
E-Plus Mobilfunk GmbH & Co KG	
Verwaltungsgemeinschaft Ries	
Blauwald GmbH & Co KG	

Bedenken / Anregungen der Öffentlichkeit liegen nicht vor.

Aufgestellt: Heidenheim, den 27.03.2017

Ingenieurbüro Junginger + Partner GmbH, Talhofstraße 12, 89518 Heidenheim

Beschlussanträge:

1. Beschluss zur Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen:

„Der Gemeinderat der Gemeinde Dischingen beschließt nach ausführlicher Beratung das Ergebnis der Abwägung zu den im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden (§ 4 Abs. 1 BauGB) und der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 1 BauGB) vorgebrachten oben wiedergegebenen Stellungnahmen. Die Verfasser der Stellungnahmen werden vom jeweiligen Ergebnis der Abwägung benachrichtigt und am weiteren Verfahren nach § 4 Abs. 2 und § 3 Abs. 2 BauGB beteiligt, soweit sie nicht ausdrücklich auf die weitere Beteiligung verzichtet haben.“

2. Beschluss zur Billigung des Entwurfs und zur Durchführung der formellen Beteiligung

„Der Gemeinderat der Gemeinde Dischingen billigt den vorliegenden Entwurf des Flächennutzungsplanes mit Begründung und Umweltbericht in der Fassung vom 08.04.2019.

Die in heutiger Sitzung gefassten Beschlüsse zu den Stellungnahmen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB und der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sind entsprechend einzuarbeiten.

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB sowie zur öffentlichen Auslegung des Flächennutzungsplan-Entwurfs in der Fassung vom 08.04.2019 mit Begründung und Umweltbericht gem. § 3 Abs. 2 BauGB.

Die Planunterlagen in der vom Gemeinderat gebilligten Fassung vom 08.04.2019 werden mit Begründung und Umweltbericht für die Dauer von einem Monat zur Einsichtnahme ausgelegt. Während dieser Zeit besteht die Möglichkeit zur Stellungnahme für jedermann.“

gez. Jakl
Bürgermeister